

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

9.3.2009

0025/2009

## SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Philip Bushill-Matthews, Elisabeth Morin, Thomas Mann, Luigi Cocilovo  
und Paulo Casaca

zur Bedeutung von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerrechten in der EU

Fristablauf: 7.5.2009

## Schriftliche Erklärung zur Bedeutung von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerrechten in der EU

*Das Europäische Parlament,*

- gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. in Kenntnis der Urteile des Europäischen Gerichtshofs in den Rechtssachen Viking und Laval, die bestätigen, dass die Arbeitnehmer in der gesamten EU bestimmte Rechte genießen,
- B. in dem Bewusstsein, dass diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz haben, in einer Zeit steigender Arbeitslosigkeit in der EU verständlicherweise empfänglich für Argumente sind, wonach sie Gefahr laufen, dass ihnen ihre Arbeitsplätze auf unfaire Weise von anderen weggenommen werden,
- C. in dem Bewusstsein, dass diese Arbeitnehmer möglicherweise von bestimmten Organisationen ausgenutzt werden, die aus ihren Befürchtungen für ihre eigenen politischen Zwecke Kapital schlagen und bewusst gegen die EU gerichtete protektionistische Gefühle schüren, indem sie im Rahmen einer konzertierten Kampagne zur Änderung der EU-Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern zu Demonstrationen gegen „ausländische Arbeitnehmer“ aufrufen,
  1. fordert die EU auf, das Thema Arbeitsplätze ganz oben auf ihre Tagesordnung zu setzen;
  2. bekräftigt, dass die Arbeitnehmer in allen EU-Mitgliedstaaten über reale Rechte verfügen, die ihnen nicht genommen und die nicht verwässert werden sollten;
  3. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, nicht auf die Rufe derjenigen zu hören, die andere EU-Arbeitnehmer beschuldigen, wenn diese Opfer des Problems und nicht dessen Ursache sind;
  4. räumt ein, dass manche Mitgliedstaaten die Einführung strengerer Einwanderungskontrollen beschließen können, besteht jedoch darauf, dass derartige Kontrollen – wenn überhaupt – in erster Linie für die Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern und nicht für Mitbürger aus der EU gelten sollten;
  5. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, schärfere Maßnahmen gegen unangemeldete Arbeit, die für EU-Arbeitnehmer in der gesamten EU eine wirkliche Gefahr bedeutet, zu ergreifen;
  6. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner dem Rat, der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.